

Windkraftausbau steht auf der Kippe

1978
27.06.78

Oberverwaltungsgericht entscheidet über Klagen gegen Eignungsgebiete

Von Torsten Gellner

Potsdam. Der Ausbau der Windenergie im Süden und Westen des Landes Brandenburg steht vor einer ungewissen Zukunft. Das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg (OVG) verhandelte gestern über mehrere Klagen gegen den Regionalplan Havelland-Fläming. Dieses Planungskonvolut regelt für die Kreise Teltow-Fläming, Potsdam-Mittelmark, Havelland sowie Potsdam und Brandenburg/Havel, auf welchen Gebieten künftig noch Windräder gebaut werden dürfen. Ein Urteil soll zwar erst am 5. Juli verkündet werden, teilte das Gericht am Abend mit. Allerdings ließ die Vorsitzende Richterin nach Angaben von Prozessbeteiligten durchblicken, dass der Regionalplan aufgrund formaler Fehler bei der Öffentlichkeitsbeteiligung ungültig sein könnte.

So seien die Pläne teils zu kurz öffentlich ausgelegt worden. Außerdem sei der Regionalplan vor Inkrafttreten noch vom Land in einigen Punkten geändert worden, ohne dass darüber von der Planungsversammlung noch einmal abgestimmt worden wäre. In dieser Versammlung sitzen Vertreter von Kreisen, Städten und Gemeinden. Sie entscheiden per Mehrheitsbeschluss, wo künftig neue Windräder stehen dürfen.

Kleine Gemeinden sehen sich dabei benachteiligt. Denn wer weniger als 10000 Einwohner hat, der darf beim Windparkpoker gar nicht miteden. Einwohnerstarke Städte wie Potsdam oder Brandenburg/Havel haben ein höheres Stimmgewicht - obwohl bei ihnen kaum Windräder stehen. "Überspitzt gesagt, entscheidet die Stadt über das Land", sagte Felix Menzel, Bürgermeister der Gemeinde Milower Land (Havelland), eine der Klägerinnen.

"Wir sind nur eine 4500-Einwohner-Kommune. Aber wir haben den Kampf aufgenommen", sagte Menzel. Seine Gemeinde wollte selbst darüber entscheiden, wo Windparks gebaut werden sollen. "Welcher Jüterbooger kennt denn Schmetzdorf im Milower Land?", sagte der Bürgermeister. Dort, bei Schmetzdorf im Wald, soll laut Re-



In Brandenburg wehren sich immer mehr Gemeinden gegen das Aufstellen von Windparks.

ALEXANDER BECKMANN

„Wir sind nur eine 4500-Einwohner-Kommune. Aber wir haben den Kampf aufgenommen.“

Felix Menzel,
Bürgermeister Milower Land

gionalplan Wind geerntet werden. Deswegen hat die Gemeinde gegen den Plan geklagt. Auch die Stadt Beelitz (Potsdam-Mittelmark) wehrt sich gegen die Windkraftpläne, ebenso wie die Beelitzer Kliniken und die Recura Kliniken. Sie befürchten, dass Windräder in der Nachbarschaft dem Heilungsprozess der Patienten abträglich sind und fordern einen Mindestabstand von drei Kilometern.

Doch nicht nur Gegner des Windkraftausbaus hatten gegen den Regionalplan geklagt, sondern auch Betreiber von Windparks, die mehr Ausbauflächen fordern. Ihnen gehen die Beschlüsse zu den künftigen Windenergiegebieten nicht weit genug. Sie hätten sich andere oder mehr Flächen erhofft. Auch Eigen-

tümer von Grundstücken, die außerhalb von Windenergiegebieten liegen, hatten sich an das Gericht gewandt. Das heißt: Sie waren enttäuscht darüber, dass sie auf ihrem Acker keinen Windpark bauen dürfen, weil dies der Regionalplan nicht vorsah.

Welche Folgen ein juristisch gekippter Regionalplan hätte, ob laufenden Genehmigungsverfahren damit die Grundlage entzogen wäre, ist noch unklar. Ebenso offen ist, wie schnell der Regionalplan „geheilt“ werden könnte, ob er von Grund auf neu erstellt werden müsste - was Jahre dauern könnte, oder ob man recht einfach die Öffentlichkeit noch mal beteiligen könnte, indem die Unterlagen ein weiteres Mal ausgelegt werden.